Nr. 345 ✦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 35

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 5,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 10. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Abbruch der Konferenz von Spa?

Das unmögliche Kohlen-Ultimatum.

Ueber die Ereignisse, die sich im Laufe des heutigen Vormittags in Spa abgespielt haben, liegen zur Stunde noch keine Meldungen vor. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die heutige Sitzung zu einer Verständigung geführt hat. Die deutsche Vertretung ist der Ueberzeugung, daß sie durch das Kohlenultimatum Millerands in eine ganz unmögliche Situation versetzt worden sei, daß sie dieses Ultimatum nicht annehmen könne, ohne damit das deutsche Wirtschaftsleben vollständig preiszugeben.

Es ist unter diesen Umständen mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Verhandlungen in Spa heute abgebrochen werden, und daß die deutsche Delegation noch heute nach Berlin zurückkehrt.

Der Eindruck der Kohlenforderung.

Amsterdam, 10. Juli. (TU) Der Berichterstatter des „Allgemeen Handelsblad" in Spa schreibt unter dem 9. Juli: Der Eindruck, den die Haltung der Entente in der Kohlenfrage auf die deutschen Vertreter und die deutschen Kohlensachverständigen gemacht hat, ist, wie ich vernehme, womöglich noch niederschmetternder als der des militärischen Ultimatums. Die deutschen Sachverständigen, besonders Hugo Stinnes, sind im höchsten Grade entrüstet, und Stinnes hat bereits erklärt, daß Deutschland diese Forderungen unmöglich erfüllen könne.

Spa, 10. Juli. (Meldung des Hollandsch Nieuws-Bureau.) Es herrschte gestern abend bei den Deutschen eine sehr nervöse Stimmung. Man war sehr enttäuscht über die Tatsache, daß man nicht mit ihnen unterhandelte, sondern, daß alles bereits festgesetzt und ihnen nur zur Unterschrift vorgelegt wurde. Man hatte erwartet, daß die Beschlüsse nicht gefaßt werden würden, ohne daß eine gemeinsame Beratung vorangegangen sei. Auf der Konferenz waren viele deutsche Sachverständige anwesend, wie Stinnes, Hue, Pieper usw. Sie hatten aber keine Gelegenheit, ihre Ansicht vorzubringen. Der Widerstand der Deutschen gegen diese Art der Behandlung wird allmählich stärker.

•

Paris, 10. Juli. In der Frage der Kohlenlieferungen herrscht unter den Alliierten, wie ein Havas-Telegramm besagt, ebenso volle Uebereinstimmung wie in der Entwaffnungsfrage, was in der Ankündigung von Repressalien als gemeinsame Entschließung zum Ausdruck kam.

Das Entwaffnungsprotokoll.

Spa, 10. Juli. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureau.) Das Protokoll bezüglich der Entwaffnung wurde lediglich von Fehrenbach und Simons unterschrieben, nicht aber von Geßler.

Die Kohlensklaverei.

Schon in dem Schriftwechsel über das Friedensdiktat von Versailles ist von den deutschen Sachverständigen nachgewiesen worden, daß die Kohlenlieferungen, die die Entente von Deutschland fordert, die deutschen Kräfte bei weitem übersteigen. Deutschland braucht Kohle, um seine Bevölkerung im Winter vor dem Erfrieren zu schützen, denn eine an Kälte dahinsterbende Bevölkerung kann nicht die Waren produzieren, die sie zum Zweck der Wiedergutmachung herstellen muß. Deutschland braucht Kohle, um seine Produktion in Gang zu halten, Kohlenmangel bedeutet Arbeitslosigkeit, Produktionsunfähigkeit und damit wieder Unfähigkeit zur Wiedergutmachung. Deutschland braucht schließlich Kohle, um sie gegen Lebensmittel auszutauschen, denn der Ertrag seiner Ernte reicht nicht, und Kohle ist sein wichtigster Ausfuhrartikel.

Wenn eine internationale Kommission nach Berlin kommt, um über die geförderten Kohlenmengen zu verfügen und aus ihnen vorwegzunehmen, was Frankreich beansprucht, so wird dem deutschen Volke weniger Kohle bleiben, als es zur Aufrechterhaltung seiner Leistungsfähigkeit braucht, und fortschreitende Verelendung wird die Folge sein. Inwieweit es noch möglich ist, ihr durch steigende Kohlenförderung zu begegnen, steht dahin, sicher ist es nicht möglich, ohne daß neue gewaltige Forderungen an die Arbeitsleistung der Kohlenarbeiter gestellt werden. Schon hat Herr Stinnes erklärt, daß man unter den veränderten Verhältnissen mit dem bisherigen Maß von Arbeitsstunden nicht auskommen werde.

Dieser Hinweis zeigt deutlich, wohin die Reise geht. Je schärfer die Entente die Schraube des Friedensvertrags anzieht, desto sicherer muß ein Stück des Arbeiterschutzes und der Sozialpolitik nach dem anderen zum Teufel gehen. Man kann die Frage aufwerfen, was dann die Bestimmungen über den internationalen Arbeiterschutz im Friedensvertrag zu bedeuten haben und wozu das Internationale Arbeitsamt unter der Leitung von Albert Thomas da ist. Die Antwort lautet, daß diese Bestimmungen und diese Einrichtung genau dieselbe Bedeutung haben wie der Völkerbund, daß sie bloß einen mißglückten Versuch darstellen, den brutal militaristischen und kapitalistischen Charakter der Ententepolitik zu verhüllen.

Auch in der Kohlenfrage wie in der Entwaffnungsfrage hat sich England, soweit man bisher sieht, ganz zum Vollstrecker der französischen Wünsche gemacht. Soweit man bisher sieht, findet man auf der ganzen Konferenz von Spa Frankreich führend, England auf jede eigene Politik verzichtend. Man staunt über diese Entsagung Englands und fragt sich, was wohl als Frankreichs Gegenleistung ausbedungen sein möge — aber Geheimverträge sind ja durch die Völkerbundsakte verboten!

Millerand, als Anwalt gegen Deutschland.

Spa, 10. Juli. (T. U.) Die Besprechung der Kohlenfrage begann mit einer ausführlichen Darlegung des Staatssekretärs **Bergmann**, der die Gründe für die Rückständigkeit der deutschen Lieferungen gegenüber den von der Wiedergutmachungskommission festgesetzten Ziffern auseinandersetzte. Als solche Gründe wurden innere Unruhen, Streiks, Hochwasser des Rheins u. a. angeführt. Bergmann stellte fest, daß seit April die abgelieferten Kohlenmengen dauernd gestiegen sind und im Mai eine Steigerung von etwa 40 000 Tonnen gegenüber dem Vormonat erreicht haben. Deutschland wünsche ein vernünftiges Abkommen mit den Alliierten zu schließen, sei aber darin von der regelmäßigen Lieferung der oberschlesischen Kohle abhängig.

Auf diese Darlegungen Bergmanns erwiderte **Millerand**, der in der Kohlenfrage als Sprecher der Entente auftritt, daß das von den deutschen Delegierten gewünschte Abkommen im Versailler Vertrag bereits bestehe, nach dessen Bestimmungen Deutschland ursprünglich zur Lieferung von 39 Millionen Tonnen verpflichtet gewesen sei, die später von der Wiedergutmachungskommission auf 27 Millionen Tonnen herabgesetzt worden seien. Wie seien diese Verpflichtungen erfüllt worden? In dem von Bergmann als günstig angeführten Monat April habe die Lieferung 800 000 Tonnen betragen, im Mai ungefähr 1 100 000 Tonnen, das sei also etwa die Hälfte der vereinbarten Menge. Vom 15. Juni an habe die deutsche Regierung auf eigene Faust die Lieferungen auf 10 000 Tonnen täglich herabgesetzt. Der Vorwand, daß in dieser Zeit die oberschlesische Kohle nach Polen geliefert wurde, sei nicht stichhaltig, da durch erhöhte Produktion tatsächlich 165 000 Tonnen mehr erzielt worden seien als im Mai. Deutschland sei in günstigerer Lage als Frankreich, denn seine Kohlendeckung betrage 79 v. H. gegen 59 v. H. in Frankreich. Wenn Deutschland die Bestimmungen des Vertrages genau erfülle, sei es mit 67 v. H. Deckung noch immer besser gestellt als Frankreich. Dabei dürfe man nicht vergessen, daß die Verpflichtungen Deutschlands auf der militärischen Notwendigkeit und nur zu volkswirtschaftlichen Zwecken erfolgte Zerstörung der Kohlenbergwerke Nordfrankreichs beruhen.

Millerand betonte ferner, daß Deutschland in demselben Augenblick, in dem es gegen seine Verpflichtungen verstoße, mit seinen Nachbarn Lieferungsverträge abgeschlossen habe, und zwar trotz des Einspruchs der Wiedergutmachungskommission. Angesichts dieser Tatsache hätten die Alliierten gemäß dem Vertrage beschlossen, die von ihnen festgesetzten Maßregeln bekanntzugeben. Millerand verlas hierauf die bekannte Erklärung. Im Anschluß an die Verlesung dieses Schriftstücks forderte Millerand die deutsche Delegation auf, diese Erklärung, die von ihm ausdrücklich als Entscheidung bezeichnet wurde, zu unterschreiben.

Minister **Simons** erwiderte, dies sei nicht möglich, da die Delegation erst eingehend mit den Sachverständigen beraten müsse, worauf vereinbart wurde, daß die Deutschen ihre Antwort heute vormittag um elf Uhr in einer neuen Sitzung erteilen würden.

Millerands Rückkehr.

Paris, 10. Juli. Havas.) Millerand wird am 13. Juli nach Paris zurückkehren und dann einen Kabinettsrat abhalten.

Die Notlage der Studenten.

Aus studentischen Kreisen wird uns geschrieben:

Während das deutsche Proletariat mit unerhörter Vehemenz um seine politische und wirtschaftliche Emanzipation kämpft, geht in der deutschen Studentenschaft ein Prozeß vor sich, der dem kämpfenden Proletariat über kurz oder lang mit Notwendigkeit neue natürliche Verbündete zuführen wird, die Proletarisierung der Studentenschaft nämlich. Es bedurfte kaum noch der vor einigen Tagen abgehaltenen Kundgebung, um die Oeffentlichkeit über die ungeheure Notlage, in der sich die deutschen Studenten befinden, aufzuklären.

Diese Notlage entspringt einer zwiefachen Wurzel: sie ist seelischer wie körperlicher Natur. Die Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes ums Dasein, die Erschwerung des Beschaffens der materiellen Lebensnotwendigkeiten, die unablässige Teuerung der Anschaffungskosten für Bücher, der Vorlesungsgelder u. a. m. haben in der deutschen Studentenschaft eine unsagbare Notlage geschaffen. Hierzu kommt die seelische Not, die durch 4½ Jahre Weltkrieg und die nunmehr 1½ Jahre Revolution bedingt und verschärft wurde. Die Krise begann schleichend, ihr Verlauf gibt zu größten Besorgnissen Anlaß, und ein schlimmer Ausgang des Prozesses ist zu befürchten, wenn nicht dem tötlichen Verlauf in letzter Stunde ein Damm entgegengestellt wird.

Von verschiedenen Seiten hat man in der letzten Zeit der großen Not unserer jungen Akademiker wirksam zu begegnen gesucht. Es sei hier an die großzügige Quäkerspeisung sowie an manche Maßnahme seitens der Regierung erinnert. Der Kernpunkt der Sache aber kann nicht getroffen und das Problem nicht gelöst werden, wenn man nicht dem Uebel an seiner eigentlichen Quelle entgegenzutreten versucht.

Man sollte annehmen, daß die gemeinsame Not Arbeiter und Studenten einander näher bringe. Man kommt leicht in Versuchung, an die Vorbilder aus der europäischen Geschichte zu denken, an das Heldenjahr 1848, wo Studenten und Arbeiter Schulter an Schulter auf den Barrikaden den Freiheitskampf kämpften, an die russische Revolution vom Jahre 1905, in der gleichfalls Proletarier und Intellektuelle gemeinsam die Freiheitsfahnen führten; und doch ist es irrig, aus diesen Vorbildern einer großen Vergangenheit Rückschlüsse auf die Gegenwart zu ziehen.

Die Abneigung der Studenten richtet sich weniger gegen den Arbeiter als solchen, als gegen seine parteipolitische, seine Klassenvertretung: die Sozialdemokratie. Es ist nicht Aufgabe dieser Zeilen, irgendwelchen Agitationsbedürfnissen zu dienen, und doch muß völlig leidenschaftslos, sine ira et studio festgestellt werden: Die Kritik der rechtsstehenden Studentenschaft an der Sozialdemokratie überstieg in den letzten Jahres jedes auch gesteigerten Ansprüchen angepaßte Maß. Welche Erklärung ist nun für diese Erscheinung zu finden? Es genügt nicht, von dem Radaupatriotismus, von Korpsstudentengewohnheiten, von Biertischmanieren usw. zu sprechen; denn gerade diese zweifellos vorhandenen Symptome sollen ja erst ursächlich erklärt werden. Hierzu bedarf es eines Einblicks in den typischen Verlauf der Studentenlaufbahn.

Im alten Obrigkeitsstaat war die Ablegung mehrerer Examina unerläßliche Vorbedingung für die Einschlagung der sogenannten „höheren" Laufbahn. Nicht die Befähigung war maßgebend, sondern fast ausschließlich der Prüfungsschein, der zwar von einem bestandenen Examen kündete, durchaus nicht immer aber objektiven Ausdruck für das Maß des Wissens des Geprüften bot. So kam es, daß nur der Besitz über die Einnahme einer Stellung, nicht aber die Befähigung entschied. Darüber hinaus wurden bestimmte Stellen ausschließlich für Angehörige bestimmter Fakultäten vorbehalten, so die Bekleidung eines höheren politischen oder Verwaltungspostens für Juristen usw. Aus diesen Gründen ist es kaum allzu verwunderlich, wenn sich in der Studentenschaft nach und nach die Ueberzeugung von ihrer besonderen Mission, von ihrer „Führerschaft am Volke" Bahn brach.

Der Krieg riß viele Studenten aus der Fortsetzung ihrer Studien heraus, und die Revolution begann mit den Traditionen des Obrigkeitsstaates aufzuräumen. Diese beiden Punkte sind entscheidend für die neue Einstellung der Studentenschaft auf die sie umgebenden Probleme. Sie

standen und stehen der neuen Zeit mit einer Hilflosigkeit und einem Mißverstehen gegenüber, das ähnlich dem der älteren Generation gegenüber der jüngeren ist. Das in der jüngsten Literatur vielfach verwandte Motiv von der unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit zwischen Vater und Sohn ist auf das Verhältnis der Akademiker zu der neuen Zeitströmung, ist auf die Beziehung von Akademie und Proletariat zu übertragen. Daß der Akademiker als Vertreter der Tradition in vielen Fällen jünger an Jahren ist als der Proletarier, in dem der neue Zeitgeist sich widerspiegelt, ändert nichts an jenem gegensätzlichen Verhältnis. Die Offizierslaufbahn, die viele Studenten nach beendetem Kriege hatten einschlagen wollen, ist ihnen benommen, teils als Folge der Revolution, die die manchem Akademiker verhaßte Reichswehr schuf, teils als Folge des verlorenen Krieges, der uns eine wesentliche Herabminderung der Armee und ein Söldnerheer brachte. Die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen ist vielen durch die hiermit verbundenen gewaltigen Ausgaben verschlossen. Erinnert sei, daß die Kosten für die Niederlassung eines jungen Arztes infolge der gewaltigen Teuerung der Instrumente, der Schwierigkeit einer passenden Wohnung usw. auf zirka 100 000 M. beziffert werden müssen. Aehnlich steht es für Angehörige der anderen Fakultäten. Wenn man das Problem von diesem Gesichtspunkt aus ansieht, so wird man es nicht mehr so unbegreiflich finden, wenn der Akademiker in seiner Hilflosigkeit, die durch eine gewisse Weltfremdheit noch gesteigert wird, ins Lager derer geht, zu denen er innerlich und seiner Klassenlage nach nicht gehört, und die es nicht aufrichtig mit ihm meinen.

Denn wie stehen denn die Dinge? Denken wir nur wenige Jahre zurück, so sehen wir in der damaligen Bankbeamtenbewegung einen Vorgang, der sehr wohl als Präzedenzfall für die heutige Stellung zwischen Akademiker und Arbeiter angesehen werden kann. Der Bankbeamte, namentlich der „höhere", glaubte, ohne den Arbeiter oder gar gegen den Arbeiter mehr erreichen zu können, als in Kampfgemeinschaft mit diesem. Er sträubte sich mit Händen und Füßen dagegen, sich als Proletarier zu bezeichnen und mit diesem in gemeinsame Aktion zu treten. Das wurde mit der Revolution anders, und es kann heute gesagt werden, daß Angestelltenbewegung und Arbeiterbewegung sich wechselseitig befruchtet haben.

Der Student von heute steht dem Proletarier gleichfalls mißtrauisch gegenüber, und es darf nicht verhehlt werden, daß auch der Arbeiter dem „Intellektuellen" gegenüber eine geheime Abneigung empfindet. Beide entstammen zwei Welten, die gänzlich verschiedenartig sind. Beide aber haben Berührungspunkte miteinander, die u. E. bis heute noch nicht gekannt und genügend gewertet sind. Es liegt uns fern, hier für einen Anschluß der Akademiker an die Arbeiterbewegung agitieren zu wollen; eine objektive Prüfung der Sachlage der beiderseitigen Klassen- und ökonomischen Verhältnisse jedoch ergibt folgendes: Beide, Proletarier wie Student, befinden sich in seelischer, wirtschaftlicher Not. Der Proletarier ist stark genug, auf sich gestützt, für seine Befreiung zu kämpfen. Der Student ist es nicht. Es wäre Demagogie, wollte man behaupten, daß der gemeinsame Weg beider die Notlage des Studenten mit einem Schlage beseitigen würde. Soviel aber ist gewiß: Macht sich der Student von seinen durch Tradition und Klassenzugehörigkeit bedingten Vorurteilen frei, so wird seine seelische Not gelindert werden, da er das Bewußtsein erlangen wird, treue Freunde in der Not zu besitzen. Und auch seine materielle Notlage wird sich lindern, da er den Kampf ums Dasein mit gestärktem Selbstbewußtsein aufzunehmen imstande sein wird. Ist aber der Akademiker erst soweit, dann wird das Proletariat sein heute leider nur zu berechtigtes Mißtrauen gegen ihn schwinden lassen und beide werden eine gute Strecke Weges miteinander gehen können, als Genossen im besten menschheitlichen Sinne.

Aus der Rüstkammer der Demokratie.

Herr Wulle und die „Rote Fahne".

In der „Deutschen Zeitung" beschäftigt sich der alldeutsch-antisemitische Herr Wulle mit der Frage der Unterzeichnung der alliierten Entwaffnungsforderungen. Die Art und Weise, in der er das tut, zeigt deutlich, daß es ihm für die tatsächlich herrschenden Verhältnisse völlig an Blick und Verständnis mangelt. Er geht so weit, in versteckter Form gegen die Unterzeichner den Vorwurf des Landesverrats zu erheben, und übersieht hierbei, daß die Unterzeichnung von den deutschen Delegierten einstimmig, d. h. unter Einschluß der Mitglieder der Deutschen Volkspartei, des Justizministers Dr. Heinze und des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz, erfolgt ist. Vor dem Wahlkampf hörte man es anders. Da hätte Herr Wulle wohl nicht gewagt, seiner etwas links stehenden Schwester, auf deren Verwandtschaft mit ihm er doch stets so großen Wert gelegt hatte, derartige Ehrkränkungen zuzufügen. Schuld an unserer schlechten Lage ist natürlich nicht der wahnsinnige Annexionswille unserer Alldeutschen, ist nicht die Zermürbung des Heeres durch Zumutung unerhörter Anstrengungen und durch eine in vielen Fällen unmenschliche Behandlung der „Untergebenen", schuld ist nicht der Appell an den Säbel, das Schwertgerassel und der stolze Klang des „Immer feste druff", schuld ist vielmehr etwas ganz anderes:

Seit Jahrzehnten heult die jüdisch-demokratisch-sozialistische Meute gegen den preußischen „Militarismus". Das Ausland ist geradezu gefüttert worden mit Schauernachrichten über das preußische Heer, so daß unsere Feinde im Hetzfeldzug gegen uns nur aus der Rüstkammer dieser Demokratie sich ihre Waffen zu holen brauchten.

Das Geheul der „jüdisch-demokratisch-sozialistischen Meute" erklang seit Jahren, weil diese „Meute" sah, daß es so nicht weiter ging, daß der alldeutsche Geist des Hochmuts und der Borniertheit, des Monokeliums und des Kastengeistes drauf und dran war, das Werk der Scharnhorst und Gneisenau zu zertrümmern, nicht aber in derem Sinne auszugestalten. Daß Herr Wulle in diesem Zusammenhang an Zabern erinnert, ist nicht gerade glücklich. Aber von Zabern wollen wir in diesem Augenblick lieber schweigen, die Rückwirkung auf Spa dürfte unerwünscht sein, und wir möchten der deutschen Delegation nicht in den Rücken fallen. Die Theorie von der Nichtunterzeichnung um jeden Preis ist an demselben Tisch entstanden, an dem die Legende von der erdolchten Armee gedichtet wurde. Der eine Dichter heißt Reventlow, der andere Wulle. Herr Reventlow hat leider 4½ Jahre hindurch nicht Zeit gefunden, sich selbst an der Front durch die tückische Heimat erdolchen zu lassen; nicht einmal den Waffen der Feinde setzte er sein Heldenantlitz aus. Herr Wulle aber sollte sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen, selbst noch mal nach Spa herüberzufahren. Vielleicht würde er aus der praktischen Kenntnis der Dinge eines Besseren belehrt werden.

Von einer Seite, von der Herr Wulle es nicht erwartet haben dürfte, kommt ihm Unterstützung, von der kommunistischen „Roten Fahne" nämlich. Diese schreibt zu der Frage der Unterzeichnung der Entwaffnungsbedingungen:

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß die Haltung der unabhängigen Reichstagsfraktion und der „Freiheit" weit schmachvoller ist, als selbst die der deutschen Bourgeoisie. Denn nichts zwang die Führerschaft einer Arbeiterpartei, den Bourgeoisvertretern ihre Unterwerfung unter den Entente-Imperialismus zu soufflieren und die moralische Mitverantwortung dafür zu übernehmen. Diese Herrschaften werden bald aus ihren stumpfsinnigen Träumen erwachen, sobald sich die Erklärung von Spa praktisch enthüllen wird als ein Sprungbrett des französischen Imperialismus gegen Deutschland und als ein gemeinsamer Pakt der deutschen und der englischen Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution.

Wären die letzten Worte nicht, so könnten diese Sätze wörtlich in irgendeinem alldeutschen Organ stehen, ohne in Widerspruch mit den dort vertretenen Anschauungen zu geraten. Die Kommunisten vertraten bekanntlich von Anfang an den Standpunkt, die Unterzeichnung des Vertrages abzulehnen, allerdings aus der Illusion heraus, daß hieraus die Weltrevolution entstehen könnte. Daß die Extreme von rechts und links sich auch hier wieder — wie so oft — in die Hände arbeiten, ist ein Beweis dafür, daß die Extreme nicht recht haben.

Die Volksbewegung im Osten.

Streik in Allenstein.

Allenstein, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die große deutsche Volksbewegung, die sich seit einer Woche in allen Orten des Abstimmungsgebietes in großen Heimatsfesten ausprägte, ist gestern in dem noch nicht völlig wieder aufgebauten Neidenburg und heute in Allenstein zum Höhepunkt gediehen. Wohin man auch blickt, alle Häuser und Straßen, selbst die armseligste Hütte, wird mit schönen Kränzen und bunten Fahnen geschmückt und überladen. Die Abstimmung selbst wird sich zu einem Volksfest gestalten, wie es Ostdeutschland noch nie gesehen hat. Alles wetteifert, den nach Ostpreußen gekommenen Abstimmungsberechtigten aus dem übrigen Reich Liebe und Treue zur Heimat zu beweisen. Auch die sozialdemokratischen Parteien lassen es an rühriger Arbeit für die deutsche Sache nicht fehlen, obwohl gerade hier in Allenstein noch in den letzten Tagen von den Polen gekaufte Subjekte, die früher der unabhängigen Partei angehörten, durch Herunterreißen alles dessen, was deutsch ist und mit den rosigsten Schilderungen über die Verhältnisse in Polen Stimmung für letztere zu machen suchen. Die Flüchtlinge aus Soldau, die jedoch in hiesiger Gegend tagtäglich zu Tausenden ankommen, weil sie die unerträglichen Zustände in diesem jetzt polnischen Gebiet nicht mehr ertragen können, die täglich einlaufenden Berichte über polnische Niederlagen auf den Schlachtfeldern, sowie die Verhaftung von deutschen Geiseln im Kreise Soldau, lassen die Agitation dieser ehemaligen Unabhängigen ins Wasser fallen, sie erzielen nur noch Heiterkeitserfolge.

Gestern mittag legten alle städtischen Arbeiter in Allenstein die Arbeit nieder. Die Straßenbahn fährt nicht mehr. Das Elektrizitätswerk wurde durch eine technische Nothilfe wieder in Betrieb gesetzt. Die städtischen Behörden behaupteten in einer gestern nacht stattgefundenen Schlichtungsversammlung, der Streik sei auf ein Mißverständnis zurückzuführen, während die Arbeiter durch Flugblätter der Bevölkerung kundgeben, daß der Streik durch den hiesigen Bürgermeister provoziert sei, der einen Herrenstandpunkt gegenüber den Arbeitern eingenommen habe. In diesem Flugblatt wird berichtet, daß hier noch Stundenlohn von 1,84 M. bezahlt würde, daß lediglich der schroffe, ablehnende Standpunkt des Vertreters der Stadt den Streik provoziert habe. Mit der Königsberger Streikbewegung hat der Allensteiner Ausstand nichts zu tun. Es handelt sich lediglich um Lohnforderungen, und beide Seiten bemühen sich zurzeit, zu einer Verständigung zu kommen.

Die Unabhängige Partei veranstaltete gestern abend hier eine Volksversammlung, in der sie sich scharf gegen die Regierung und gegen unsere Partei wandte, jedoch ihren Anhängern empfahl, für Deutschland zu stimmen. Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete einen Begrüßungsabend für die aus dem Reich erschienenen Abstimmungsberechtigten, die unserer Partei angehören, wobei Genosse Altmaier eine mit großer Begeisterung aufgenommene Festrede hielt.

Ebert und Noske im Bade. Das Schöffengericht Ahrensbök hatte sich in einer Klage mit der Frage zu beschäftigen, ob die Verbreitung der bekannten Photographie „Ebert und Noske im Ostseebad Haffkrug" objektiv widerrechtlich sei. Das Gericht hat diese Frage verneint und den wegen gewerbsmäßiger Verbreitung des Bildes ohne Genehmigung eines Mitabgebildeten angeklagten Photographen rechtskräftig freigesprochen. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß Ebert und Noske der Zeitgeschichte angehörten und daß zur Verbreitung von Bildern aus der Zeitgeschichte eine Genehmigung nicht erforderlich sei.

Der neue Regierungspräsident von Königsberg. Der Rechtsanwalt Ernst Bolck zu Tilsit (Mehrheitssozialist) ist vom preußischen Staatsministerium als Regierungspräsident von Königsberg bestätigt worden.

Die totgeschwiegene Konferenz. Wie uns der Unabhängige Dr. Weyl mitteilt, trifft die in unserem heutigen Morgenblatt gemachte Meldung, nach der in seiner Wohnung eine Konferenz von U.-S.-P.-Führern über die Frage eines Anschlusses an Moskau stattgefunden habe, nicht zu.

Das Lächeln der Gioconda.

Von Nora Zepler.

Man hat viel über den rätselhaften Zug um ihren schönen Mund geschrieben, und es gibt über ihn bekanntlich zwei Meinungen. Die eine besagt, das seltsam ironische Lächeln der Mona Lisa bedeute Böses, sei pervers — grausam, mitleidlos, perfid, die andere will in ihm im Gegenteil den Ausdruck liebevoll verstehender Güte sehen. Darin aber waren bisher die Anhänger beider Richtungen einig, daß nämlich das Lächeln jener Frau etwas Einzigartiges, Unwiederholtes sei.

Nun sind mit einem Schlag die Lobredner stumm gemacht, denn das Meisterwerk Lionardos hat seine Besonderheit eingebüßt, das abgründige Rätsellächeln der Gioconda hat sich wiederholt.

Und noch dazu bei einer höchst nüchternen, prosaischen Gelegenheit ist es zum Vorschein gekommen, und das Wesen, das über sein Geheimnis verfügt, trägt die Züge von gewöhnlichen Sterblichen, Erdenbürgern unserer, ach so kleinen, Zeit.

Denn die neue Gioconda ist kurz und gut — die französisch-englische Vertretung auf der Konferenz in Spa.

Ein Sonderkorrespondent einer Berliner Zeitung darf den Ruhm ihrer Entdeckung für sich in Anspruch nehmen. Seinem eindringenden Forscherblick konnte es nämlich nicht entgehen, daß Franzose und Engländer gelächelt haben!

Was deutete es, dies Lächeln?

Der psychologische Scharfsinn des Zeitungsmannes enthüllt es: Schweigen umgibt die Franzosen, „bedenklich" ist ihre „Haltung". Wenn nun aus solcher schreiend stummen Drohung heraus Foch „ironisch gelächelt" hat, was kann das da anderes künden als Unheil, das man bei den Franzosen gegen uns im Schilde führt?

Dahingegen der Engländer!

Freilich, Lloyd George hat rücksichtslos und ungeduldig gesprochen, sich bisher gerade nicht entgegenkommend gezeigt. Aber was tut das? Mein Zeitungsmann hat ihn lächeln sehen. Auch ihn.

Zwar erst nach Schluß der Sitzung, im Wagen mit einem seiner englischen Kollegen „kommt ein schwer bestimmbares Lächeln in den Ernst", aber es ist ja sonnenklar, „Lloyd George hält uns nicht für böse Menschen"!

Denn so will es offenbar der Auftraggeber unseres Journalisten, der Chef-Redakteur jener Zeitung, für die Franzosen nun einmal grimme Feinde, Engländer edle Gönner sind.

Und wenn man den ersten nichts positiv Uebles nachweisen, von den zweiten nichts positiv Freundliches berichten kann, so hält man sich eben, gewandt wie man ist, an ein Lächeln, das Rätsellächeln der Gioconda.

Ist da etwa einer, der den tiefen psychologischen Unterschied zwischen einem und demselben Lächeln dennoch nicht begreift? Nicht einsieht, daß es einmal, weil französisch, Böses, und das anderemal, weil englisch, Gutes für uns bedeuten muß?

Nun, der lasse sich von jener Berliner Zeitung einen mathematisch einwandfreien Beweis dafür beibringen. Nämlich

1. Voraussetzung: die Franzosen sind schlechten Sinns gegen uns, die Engländer meinen es wohl mit uns;

2. Behauptung: das gleiche Lächeln besagt für uns beim Franzosen Schlimmes, beim Engländer Gutes;

3. Beweis: da die Franzosen schlechten Sinns gegen uns sind, kann französisches Lächeln nur Schlimmes, da die Engländer wohlmeinend gegen uns sind, muß englisches Lächeln Gutes für uns besagen.

Quod erat demonstrandum. Was zu beweisen war.

Ach ja!

Eine Reklame-Springflut will die Reichspostverwaltung über ihre Gebäude und Einrichtungen heraufbeschwören. Der Zwang, neue Einnahmequellen zu erschließen, siegt, und Vernunft und Schönheit müssen sich fortan in zweiter und dritter Linie bescheiden. Denn alle äußeren und inneren Flächen der Diensthäuser, alle Briefkästen, Automaten, Wagen, Telegraphenstangen, Fernsprechzellen, alles, alles bis zu den postdienstlichen Vordrucken und Maschinenbriefstempeln soll der Reklame verfallen. Der neue Geschäftsgang soll grundsätzlich in eigener Verwaltung betrieben werden. Das gibt vielleicht eine gewisse Sicherheit gegen die Gefahr der Belästigung durch einen skrupellos verunstaltenden Reklamebetrieb. Die Postverwaltung kennt natürlich diese Gefahr und will ihr das Feld nicht gleichgültig überlassen. Aber es wäre schon besser, dieses ganze Unternehmen wäre unnötig.

Die Uebersiedelung des Kunstgewerbemuseums in das Schloß. In der zweiten Hälfte des Juli beginnt der Umzug der Sammlungen des Berliner Kunstgewerbemuseums ins Schloß. Er wird monatelang dauern, und so wird das Museum in der Prinz-Albrecht-Straße erst allmählich geschlossen; im August findet da noch die Modeausstellung im Lusthof statt. Im Schlosse wird Geheimrat von Falke, der künftige Generaldirektor, der das ganze Werk selbst leitet, zum ersten Male Gelegenheit haben, an einem großen, mustergültigen Beispiel die Trennung der Schau- und Studiensammlung durchzuführen.

Uebergeben sind für das Museum alle historischen Räume des Schlosses zum Zwecke ihrer Erhaltung, Pflege und öffentlichen Besichtigung. Dem Museum fällt das sogenannte dritte Stockwerk (das bei den Führungen teilweise gezeigt wurde) fast ganz zu, mit Ausnahme der Schloßkapelle. Im zweiten Stockwerk werden zum ersten Male die für Friedrich Wilhelm II. geschaffenen Räume Gontards und Erdmannsdorffs öffentlich zugänglich, die bis jetzt nur für wenige Auserwählte zu sehen waren und neben den Schlüterschen Königskammern die erlesensten Raumschöpfungen des Schlosses sind. Sie sollen auch künftig, mit wenigen Ausstattungsstücken aus Zopf- und Empire, hauptsächlich als Räume wirken. Von einer Einbeziehung der ziemlich verbauten Wohnung Wilhelms II. an der Lustgartenseite und der anderen neueren Räume dort, besonders derer Ihnes, wurde abgesehen. Im Erdgeschoß wurde die ganze Nordseite dem Museum übergeben.

Im nächsten Mai hofft man mindestens den obersten Stock, den mit den Schlüterschen Räumen, in der neuen Ausstattung eröffnen zu können. In das jetzige Kunstgewerbemuseum in der Prinz-Albrecht-Straße zieht dann die Vorgeschichtliche Abteilung unter Geheimrat Schuchhardt aus dem Völkerkundemuseum herüber.

Sammlung der Briefe Dehmels. Die Gattin des Dichters Frau Ida Dehmel in Blankenese bei Hamburg, Westerstr. 5 versendet folgenden Aufruf: „Von Richard Dehmel zur Verwalterin seines geistigen Nachlasses bestimmt, bitte ich hierdurch alle diejenigen, die sich im Besitz von schriftlichen Aeußerungen Dehmels (Briefen, Postkarten, Niederschriften aller Art) befinden, mir ihr Material zur Abschriftnahme einzusenden. Ich bereite eine Ausgabe Dehmelscher Briefe in der vom Dichter gewünschten Weise vor. Soweit sich diese Briefe im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zur Veröffentlichung eignen, sollen sie zur Vervollständigung des Dehmel-Archivs in Blankenese dienen. Ich bitte, in jedem Falle die Urschriften selbst — nicht etwa Abschriften — an mich einzusenden; unverletzte Rückgabe (als Wertsendung) wird ausdrücklich zugesichert. Dieser Aufruf wendet sich besonders auch an Schulkameraden und Kommilitonen Dehmels, da über die Jugendzeit des Dichters sehr wenig schriftliches Material vorhanden ist. Auch für die Aufzeichnung und Einsendung von Erinnerungen an den jungen Dehmel wäre ich sehr dankbar." Diesem Aufruf schließt sich als Verleger Dehmels auch der S. Fischer-Verlag an.

Theater des Westens: „Der Rabenvater". Der schon stark betagte Schwank von Hanns Fischer und Joseph Jarno, in welchem von den einst berühmten Schwestern Barrison als allerneuester Berliner Sensation die Rede ist, war für Max Pallenberg und die in ihrer trockenen, treffsicheren Komik ihm wahlverwandte österreichische Landsgenossin Gisela Werbezirk hervorgeholt. Schade, daß man für die sprudelnd originelle schauspielerische Eigenart der beiden glänzenden Kräfte nichts Besseres als solches Dutzendfabrikat gefunden hat. Als Rabenvater figuriert ein furchtsamer Pantoffelheld, der, um der gestrengen, die häuslichen Finanzen verwaltenden Ehefrau Gelder für seine Berliner Exkursionen abzuluchsen, sich einen vorehelichen Sprößling angedichtet hat, dem er die Summen schicken müsse und der in tödliche Verlegenheit gerät. Die Eröffnung, mit welcher die Gemahlin ihn zur silbernen Hochzeit überrascht: sie sei entschlossen, an dem in der Fremde aufgewachsenen jungen Menschen nachträglich die Mutterstelle zu vertreten, führt zu der üblichen Hetzjagd halsbrecherischer Schwindeleien, in deren Verlauf die Frau auf den verrückten Gedanken kommt, einen plötzlich auftauchenden Verehrer ihres Töchterleins für den Erwarteten zu halten. Was Anlaß zu schaurig larmoyanten Deklamationen vor den beiden Liebenden gibt, die als so nah Verwandte nun an eine Heirat nicht mehr denken dürften. Diese Szenen gestaltete die Werbezirk zu einer überwältigenden drolligen Parodie des Rührstückstils, die für die Leerzeit und Unmöglichkeit der sonstigen Voraussetzungen reichlich Entschädigung bot. Jede

Polens Not.

London, 10. Juli. (T. U.) Hier verlautet, die polnischen Truppen hätten den Befehl zum Rückzug auf der ganzen 1000 Kilometer breiten Front von der Düna bis zur rumänischen Grenze erhalten. Die Polen räumen Minsk. Die Straßen nach Warschau sind von vielen tausenden Soldaten, Flüchtlingen und Verwundeten bevölkert.

Kopenhagen, 10. Juli. (T. U.) Der Rückzug des polnischen Heeres hat an der Warschauer Börse eine Panik hervorgerufen. Die polnische Mark ist bedeutend gefallen.

Die Entente hilft nicht.

Kopenhagen, 10. Juli. (T. U.) Nach einem Londoner Telegramm ist der polnische Ministerpräsident Grabski auf der Spa-Konferenz eingetroffen. Eine militärische Unterstützung der Polen durch die Entente wird als sehr zweifelhaft angesehen.

London, 10. Juli. (T. U.) Im Parlament erklärte Bonar Law, daß Polen vollkommen unterrichtet war, daß England nicht die Verantwortung für die Folgen einer von den Polen entwickelten Offensive tragen könne.

Die Haltung Rußlands.

Kopenhagen, 10. Juli. (T. U.) Nach hierher gelangten Nachrichten soll Tschitscherin bereit sein, Friedensverhandlungen mit den Polen einzuleiten. Ein Teil der bolschewistischen Kommissare verlangt jedoch die Besetzung Warschaus.

Litauen greift ein.

Kopenhagen, 10. Juli. (T. U.) Aus Kowno wird gemeldet, daß die Polen Dünaburg und die ganze Front südlich der Stadt geräumt haben. Die Bahnlinie von Kalkunai bis zum Smolva-See ist darauf von den Litauern besetzt worden. Litauische Reiterei hat östlich des genannten Sees bereits Fühlung mit den bolschewistischen Truppen bekommen. Die Bolschewisten nehmen gegenüber den Litauern eine passive Haltung ein. An mehreren Stellen der Demarkationslinie sind große litauische Truppenmassen eingetroffen und man rechnet damit, daß die Bolschewisten den Litauern die Wilnafront überlassen. Nachdem inzwischen auch Vertreter Englands und Amerikas eingetroffen sind, um mit den Litauern zu verhandeln, sieht man der weiteren Entwicklung der Dinge mit größter Spannung entgegen.

Abkommen zwischen Danzig und Polen.

Danzig, 10. Juli. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der verfassunggebenden Versammlung hat innerhalb zweier Wochen in neun Sitzungen die erste Lesung des nach Artikel 104 des Friedensvertrages zwischen Danzig und Polen abzuschließenden Abkommens beendet. Die Bestimmungen des Entwurfs halten sich genau an die durch die Fassung des Artikels 104 gegebenen Richtlinien und suchen den Lebensbedingungen beider Vertragsparteien gleichmäßig gerecht zu werden.

Die Ostfragen.

Prag, 9. Juli. Das tschechoslowakische Pressebureau meldet: Der tschechoslowakische Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Benes ist in Spa eingetroffen. Donnerstag früh wurde er vom Ministerpräsidenten Millerand empfangen, dem er über den Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung bezüglich der Teschener Frage und der Ostfragen, sowie über die letzten Ereignisse in der tschechoslowakischen Republik, die sich auf diese Fragen beziehen, informierte. Hierauf hatte er eine Unterredung mit Marschall Foch. Am Nachmittag verhandelte er mit dem italienischen Minister für auswärtige Angelegenheiten Grafen Sforza.

Wozu in die Ferne schweifen? Zu der Mitteilung unseres Sonnabendmorgenblattes, daß in Georgien der Adel abgeschafft wurde, werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschösterreich und die Tschechoslowakei den Adel bereits alsbald nach dem Umsturz abgeschafft haben.

Nuance in Bewegung und Ton der behäbig watschelnden, rotbäckigen Gestalt löste durch die Steigerung des Kontrastes bei voller Wahrung der Natürlichkeit neue Lachstürme aus. Auch Pallenberg erzielte in der Rolle des verschmitzt dreinschauenden Pseudovaters große Heiterkeit. Aber er war dabei fast ganz auf seine eigenen mimischen Finessen angewiesen. Den Autoren ist für den in einer endlosen Reihe von Schwänken abgerissenen Typ des dummlichen, in seinen eigenen Lügenschlingen sich verfangenden Familienvaters kaum eine neue schlagkräftige Pointe eingefallen. dt.

Zum Prozeß Robert—Rickelt hat der Reichstheaterrat entschieden, daß die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger zu ihrem Vorgehen gegen Dr. Robert auf Grund eines Beschlusses des Reichstheaterrats vom 18. Januar verpflichtet gewesen sei. Ferner wurde beschlußweise ausgesprochen, daß die im Prozeß mitgeteilten Vorgänge dargetan haben, daß die Art und Weise der Konzessionshandhabung am Residenztheater, an der „Tribüne" und an der „Kolete" durch Ausübung, Nichtausübung, Stellvertretung und unberechtigte Weiterübertragung nicht nur der an allen anderen deutschen Theatern geltenden Regel widersprechen, sondern sich auch mit den gesetzlichen Vorschriften und den tariflichen Abmachungen nicht in Einklang bringen lassen.

Die Neuorganisation der Frankfurter Theaterverhältnisse. Der Magistrat von Frankfurt a. M. legte der Stadtverordnetenversammlung, wie uns gedrahtet wird, eine Vorlage über die Gewährung eines weiteren Theaterzuschusses von 8,7 Millionen Mark vor. Um einen besseren Besuch der städtischen Theater und damit eine Besserung der Theaterfinanzen herbeizuführen, sollen vom nächsten Jahre ab die Abonnementstage um zwei gekürzt werden. Die dadurch freiwerdenden Tage sollen einer auf breiterer Grundlage in Bildung begriffenen Theatergemeinde zur Verfügung gestellt werden. Ferner werden die Abonnementspreise derartig gesteigert, daß sie sich nur wenig niedriger als die Tagespreise stellen. Aufgehoben werden die Sonntagsabonnements in der Oper und das Vorrecht der Aktionäre auf freien Theaterbesuch. Auch die Aufhebung der Nachmittagsvorstellungen an Sonntagen ist in Aussicht genommen. Die Vorlage wurde dem Hauptausschuß zur Beratung überwiesen. Gegen eine beabsichtigte Schließung der Theater, wie ursprünglich vorgeschlagen, sprachen sich alle Redner aus.

Die Wandertaube, deren Aussterben vor fünf Jahren aus dem Zoologischen Garten zu Cincinnati gemeldet wurde, ist im Staate New York wieder gesehen worden. Die Wandertauben traten noch am Ende des 18. Jahrhunderts in großen Mengen auf. Sie bildeten so gewaltige Schwärme, daß sie riesige Kornfelder abräumten. Sie wurden deshalb möglichst ausgerottet. Mancher Ansiedler benutzte die Tauben zur Mast seiner Schweine.

Erstaufführungen der Woche. Mi.: Kammerspiele: Rotbrücke.

Eine Jugendbühne ist in Hannover gegründet worden. Der Dramaturg des Deutschen Theaters Dr. Bauer-Mönig leitet sie. An Nachmittagen werden selten gegebene Werke der Klassiker und geeignete neuere Werke gespielt. Ein Beratungsausschuß hannoverscher Persönlichkeiten (wer sie ernannt hat oder wie sie gewählt worden sind, ist leider aus der Mitteilung nicht zu ersehen) steht dem künstlerischen Leiter zur Seite.

Die Lage in Irland.

Rotterdam, 9. Juli. Wie „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, ist die Lage im Süden und Westen von Irland infolge des Stockens des Eisenbahnverkehrs sehr ernst. In einer Anzahl von Städten ist vorsichtshalber die Rationierung eingeführt worden.

Der Gemeinderat von Dublin hat mit allen gegen eine Stimme beschlossen, die Beamten zu beauftragen, Beamten der britischen Regierung keine Erlaubnis zur Untersuchung von Büchern zu erteilen oder Informationen zu geben, die sich auf die Besteuerung beziehen. Solche Mitteilungen dürfen allein an die irische Republik gemacht werden.

Gerichtszeitung.

Der Massenmörder Schumann vor Gericht.

Keine Mißhandlung durch Beamte.

Nach Eröffnung der Sitzung wird sofort die Stenotypistin beim Polizeipräsidium Frl. Gertrud Kauts vernommen. Sie bestätigt die gestern vom Kommissar Kuntze II gemachten Mitteilungen über das, was ihr Frl. Wehn über

die Mißhandlungen des Schumann

erzählt hat. Frl. Wehn sei empört gewesen über den körperlichen Zustand, in welchem sie eines Tages den Angeklagten gesehen hat. Von irgend einer Mißhandlung seitens eines Beamten hat Frl. Wehn nichts gesagt, dagegen hat sie gesehen, daß eine Frau mit einem Schirm auf den Schumann losgeschlagen hat und daß ein Beamter Kuntze die Frau durch ein Zeichen dazu aufgefordert habe. — Die Zeugin Kiwitt tritt vor und erklärt auf Vorhalt der Staatsanwälte, daß sie zu diesem Akt nur durch ihre Erregung, nicht aber durch Aufforderung eines Beamten veranlaßt worden sei, im Gegenteil habe Herr Lahmann sofort eingegriffen, sei dazwischengetreten und habe jeden Gewaltakt streng untersagt. — Dies wird vom Ehemann Kiwitt bestätigt.

Die Zeugin Frl. Wehn hat den Vernehmungen des Schumann als Stenotypistin beigewohnt. Sie sagt u. a. aus: Sie ist im sechsten Jahre auf dem Polizeipräsidium beschäftigt. Der Angeklagte ist

teilweise schroff behandelt worden.

Oberwachtmeister Lahmann hat ihm aber teilweise auch gut zugeredet. Ob er von Beamten gemißhandelt worden ist, kann die Zeugin nicht sagen, doch ist ihr noch in der Erinnerung, daß er mehrmals, wenn er nicht antworten wollte,

an seinem kranken Arm geschüttelt

worden ist. Bei Frau Kiwitt war der Ausbruch ihres Temperaments nicht auf eine Anregung eines Beamten zurückzuführen. Die Zeugin hat auch einmal gesehen, daß bei dem Eintritt eines Verwandten einer Ermordeten ihm der eine Beamte ein Zeichen mit dem Fuß gegeben habe, als wenn dieser auf den Angeklagten losgehen sollte. Eines Morgens sei Schumann mit ganz verschwollenen Augen zum Verhör gekommen, so daß er nicht zum Photographieren geführt werden konnte. Aus einem Telephongespräch des Herrn Lahmann mit der Staatsanwaltschaft habe sie entnommen, daß Schumann

von der Treppe heruntergefallen

sein sollte. — Von den Kriminalwachtmeistern Seger und Hintze wird bestätigt, daß dies tatsächlich der Fall gewesen sei.

Der Angeklagte, so sagt Zeuge Seeger, ist sehr anständig behandelt worden. Er hat die Taten erst bestritten und dann, wenn ihm die Beweise unter die Nase gehalten wurden, hat er sie

ohne weiteres zugegeben.

Vors.: Fräulein Wehn, haben Sie nicht vielleicht in Ihren Mitteilungen an Ihre Kolleginnen übertrieben? Zeugin: Nein. Der Beamte Hintze hat auch mal Drohungen gegen den Angeklagten ausgestoßen. Zeuge Hintze bestreitet, Drohungen ausgestoßen zu haben. Der Angeklagte habe sich bei der Abführung stets widersetzt und es mußte beim Umlegen der Kette mehrfach ein gewisser Widerstand überwunden werden, wobei er aber nicht mißhandelt wurde. Staatsanwalt Dr. Steinbrecher (zur Zeugin Hintze): Sie sollen aber auch, wie gestern hier mitgeteilt wurde, Ihre Empörung darüber geäußert haben, daß Herr Lahmann unter seinem Eide erklärt habe, er wisse nichts von Mißhandlungen seitens seiner eigenen Person oder seiner Beamten? Zeugin: Nein, ich habe dabei Beamten nicht im Auge gehabt, sondern sprach von der Mißhandlung, die seitens eines Angehörigen dem Angeklagten zugefügt wurde. Zeuge Lahmann, über das „blaue Auge" des Angeklagten befragt, erklärt: Er habe bei dem Angeklagten eines Tages einen blauen Fleck am Auge gesehen und auf seine Frage erfahren, daß er die Treppe hinuntergefallen sei. Staatsanwalt Dr. Steinbrecher: Fräulein Wehn, Sie sollen Ihre Entrüstung über die Aussage des Herr Lahmann ausgedrückt haben. Heute haben Sie aber doch klipp und klar selbst gesagt, daß Herr

Lahmann nicht geschlagen

hat. Wie kommen Sie nun zu solcher Entrüstung? Zeugin: Ich habe nur Entrüstung darüber empfanden, daß unter den Augen der Kriminalpolizei ein solcher Angriff auf den Angeklagten seitens Angehöriger oder Verwandten der Ermordeten geduldet worden ist. Zeuge Lahmann (auf Befragen): Ich habe erklärt und halte es unter meinem Eide aufrecht: Ich habe den Angeklagten nicht mißhandelt oder geschlagen und mir ist auch nichts Derartiges von meinen Beamten bekannt geworden. Zeugin Wehn: Ich habe auch gar nicht gesagt, daß Herr Lahmann unter seinem Eide Falsches ausgesagt habe; Herr Lahmann ist noch gar nicht vereidigt gewesen, ich kann es also gar nicht gesagt haben.

Nach einer weiteren Erklärung der Zeugen Kuntze und Lahmann wird diese Angelegenheit für erledigt erklärt, nachdem sich herausgestellt hat, daß weder Lahmann noch einer seiner Beamten den Angeklagten mißhandelt haben.

(Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Groß-Berlin

Alte Fischerhütte — moderne Tänze.

Sonderbare Gedankenbilder rufen diese Plakatworte in der Mittagsonne wach. Wie etwa, wenn die alten Fischer aus Brandenburgs vordeutschen Tagen, so eine Art Nickelmannstypen, plötzlich aus dem Schilf hervorkröchen und mit Quorax und Brekeke dem Foxtrott wie der Peruanerin, oder was inzwischen etwa noch moderner geworden sein sollte, zulächen? Und in staunendem Sinnen der Zeit gedächten, wo ein junger Fant aus ihrer Mitte von weiter Wasserreise zurückgekehrt war, goldbeladen für die Fische, die er im fernen Magdeburg oder gar in dem schon sagenhaft herrlichen Hamburg an den Mann gebracht — und wie er nun, des Abends in der Schänke, ein fremdes Drehen und Schwenken mit den Töchtern der Heimat vorgeführt? Da mochten auch die Altangestammten den Kopf schütteln, daß nun der ererbte Hopfer nicht mehr geehrt werden sollte. Und so nehmen auch wir Heutigen wiederum Hans Sachsens Lehre an:

Nur mit der Melodei
Seid ihr ein wenig frei;
Doch sag ich nicht —
Daß dies ein Fehler sei.

Eine russische Rubel-Schieberzentrale.

Eine Schiebergesellschaft, die sich gegenseitig zu betrügen suchte, wurde von der Abteilung A 3 der Berliner Kriminalpolizei entlarvt und hinter Schloß und Riegel gebracht.

Ein Herr O. Reeke, Mitbesitzer eines hiesigen Kaffeehauses, wandte sich durch Vermittlung eines Herrn Cohn an einen Kriminalbeamten, um diesen für ein gutes Geschäft zu interessieren. Wie er dem Beamten erklärte, sei ihm ein russischer Fürst bekannt geworden, der sein aus Rubelnoten bestehendes Vermögen zu Geld machen wolle. Dem Beamten wurde der Vorschlag gemacht, als Käufer aufzutreten, sich dann aber beim Kauf als Kriminalbeamter zu legitimieren, das ganze Geld zu beschlagnahmen und hinterher mit ihm zu teilen. Der Beamte ging zum Schein auf den Vorschlag ein, unterrichtete jedoch seine vorgesetzte Behörde und ging mit deren Einverständnis der Sache auf den Grund. Nacheinander lernte er neben Herrn Cohn und Herrn Reeke noch einen Ungarn Fekete und Herrn Balson, den Mitinhaber der Firma Weinstein u. Co., kennen, die alle an dem Schiebergeschäft beteiligt waren. Als sie den Beamten als Käufer der Rubelnoten präsentierten und dieser sich erbot, einen guten Preis zu zahlen, wurde eine Zusammenkunft in der Wohnung eines Kaufmannes H. in der Barbarossastraße vereinbart. Dort verlief dann zunächst alles planmäßig, wie es die Schieber mit dem Beamten besprochen hatten. Dieser gab sich plötzlich als Kriminalbeamter zu erkennen, beschlagnahmte die von dem „Fürsten" Balson übergebenen 250000 Rubel, erklärte dann aber wider Verabredung alle Beteiligten für verhaftet. Sie mußten allesamt den Weg nach dem Polizeipräsidium antreten, wo sie einem eingehenden Verhör unterzogen wurden. Dabei stellte sich heraus, daß der russische „Fürst" in einem Hotel in der Königgrätzer Straße wohnte. Dort wurde sofort eine Durchsuchung vorgenommen und weitere 50000 Rubel gefunden und beschlagnahmt. Der „Fürst" wurde nun gleichfalls festgenommen. Es ergab sich, daß man es mit einem Dr. Konstantin Biegischoff aus Kiew zu tun hat, der zuletzt in Wien eine üble Rolle gespielt hat.

Ein Waldfest

veranstaltet die Mädchengruppe des Vereins Arbeiterjugend am morgigen Sonntag. Zu ihm sind aber auch die Burschen, vor allem aber die Parteigenossinnen und -genossen dringend und herzlich eingeladen. Unsere jungen Mädchen gaben sich alle Mühe, das Fest vorzubereiten und werden bestrebt sein, es so würdig zu gestalten, daß jeder einen tiefen Genuß von der Teilnahme hat und jedem das Waldfest zu einem frohen Erlebnis wird. Das Festprogramm beginnt um 2 Uhr und enthält u. a. Reigentänze (Volkstänze in Kostümen), Rezitationen, Gesang, Musik, Turnen usw. — Der Treffpunkt ist Sonntag morgen von 7 bis 8 Uhr am Vorortbahnsteig des Stettiner Bahnhofs und um 9 Uhr am Bahnhof Stolpe. Die Festveranstaltungen selbst finden in Meißners Hof statt.

Achtung, Ausflügler!

In Potsdam und Umgegend wird noch immer ein 10prozentiger Aufschlag als Bedienungsgeld zur Zeche erhoben. Nach einer Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums ist dies nicht mehr zulässig. Die Gastwirte aber kehren sich nicht daran und überlassen nach wie vor dem Publikum die Bezahlung des Kellners. Durch dieses System ist es den Potsdamer Gastwirten möglich, für sich größere Gewinne herauszuwirtschaften, als ihre Berliner Kollegen. Während letztere bei den gleichen Preisen die Kellner bezahlen müssen, wird in den Potsdamer Gaststätten der Besucher gezwungen, dem zahlungspflichtigen Arbeitgeber die Lohnzahlung abzunehmen. Diese ungerechtfertigte Bereicherung der Unternehmer muß durch das Publikum unterbunden werden. Wir bitten deshalb die Besucher aller Lokale die Bezahlung der 10 Proz. Zuschläge zu verweigern. Jeder Gast muß sich die einzelnen Positionen seiner Zeche genau verrechnen lassen und sie mit den Preisverzeichnissen vergleichen. Er schützt sich dadurch vor Uebervorteilung, weil vielfach die Aufschläge ohne Hinweis gleich eingerechnet und er in Unkenntnis noch zum Trinkgeldgeben veranlaßt wird. Verband der Gastwirtsgehilfen.

Einem Akt von unerhörter Rohheit ist der bekannte Bildhauer Rudolf Belling zum Opfer gefallen. Beim Abholen seiner in der Akademie der Künste ausgestellten Plastiken geriet er mit dem Kastellan der Akademie in Wortwechsel wegen der unsachgemäßen Ausstellung seiner Werke, die damit endete, daß der Kastellan Herrn Belling tätlich angriff. Beide fielen zu Boden, daß der untenliegende Kastellan die Arme des Bildhauers festhielt. Jetzt tauchte plötzlich ein zweiter Diener der Akademie auf, der von dem Vorgegangenen nichts wußte, dafür aber mit dem auf den Boden gefallenen Spazierstocke des Herrn Belling dermaßen auf den Kopf des Bildhauers losschlug, daß der schwere Stock in Stücke sprang und der Getroffene blutüberströmt am Boden liegen blieb. Nicht genug, erschien noch ein dritter Held, der sich berufen fühlte, dem vollkommen wehrlosen Künstler das Gesicht zu zerschlagen. Der Schwerverletzte wurde nach der Charité gebracht, wo der Arzt feststellte, daß es nur einem Zufall zu verdanken ist, daß bis jetzt noch keine schlimmeren Folgen festzustellen sind. Durch diesen unerhörten Vorfall ist Herr Belling auf Wochen seinem Berufe entzogen. Herr Belling teilt noch mit, daß in der Akademie wiederholt dadurch Differenzen entstanden seien, daß die Aufstellung seiner Arbeiten und auch die anderer jüngerer Künstler vollständig unsachgemäß erfolgt sei.

Die Kraftwagenpersonenpost Gransee-Neuglobsow-Fürstenberg (Mecklenburg) ist am 4. Juli in Betrieb genommen. (Ab Gransee Bahnhof 7.10 vorm. bzw. 2.25 nachm., an Neuglobsow 8.35 vormittags bzw. 3.50 nachm. und an Fürstenberg Bahnhof 4.21 nachm.; ab Neuglobsow 8.40 vorm., an Gransee-Stadt 9.59 vorm., ab Fürstenberg Bahnhof 5.16 nachm., über Neuglobsow an Gransee-Stadt 7.06 nachm., an Bahnhof 7.41 nachm.) Durch die neue Linie werden die Naturschönheiten bei Menz, Neuglobsow und Fürstenberg mit Stechlinsee und der Seenkette zwischen Fürstenberg und Himmelpfort an der oberen Havel dem Reiseverkehr erschlossen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pankow. 250 Gramm Haferflocken (33).

Theater der Woche.

Vom 12. bis 18. Juli.

Volksbühne: Bruder Martin. — **Opernhaus:** Bis 29 August geschlossen. — **Schauspielhaus:** Die Strohwitwe — **Deutsches Theater:** Weib und Hampelmann. — **Kammerspiele:** 11.—13. Der Leibgardist. 14.—19. Die Rotbrücke. — **Lessingtheater:** Das Glas der Jungfrau. — **Theater i. d. Königgrätzer Straße:** Das Gespensthaus. — **Deutsches Opernhaus:** Geschlossen. — **Schillertheater:** Der ehemalige Leutnant.

Täglich. Die Tribüne: Bunbury. — **Deutsches Künstlertheater:** Die bessere Hälfte. — **Komödienhaus:** Die Reise in die Mädchenzeit. — **Berliner Theater:** Der letzte Walzer. — **Kleines Schauspielhaus:** Die Büchse der Pandora. — **Trianon-Theater:** Maskenball. — **Residenztheater:** Die Raschhofs. — **Neues Zentraltheater:** Die Dame im Frack. — **Kleines Theater:** Sonate. — **Friedrich-Wilhelmst. Theater:** Marizpan. — **Komische Oper:** Die Frau im Dunkeln. — **Lustspielhaus:** Der ungetreue Eckehart. — **Metropoltheater:** Im weißen Rößl. — **Neues Operettenhaus:** Prinzessin Friedl. Ballett. — **Thaliatheater:** Ihre Hoheit die Tänzerin. — **Theater am Nollendorfplatz:** Eine Nacht im Paradies. — **Theater des Westens:** Der Rabenvater. — **Theater in der Alten Jakobstraße:** Die verschwundene Pauline. — **Wallhalltheater:** Kasernenluft. — **Neue Theater:** Ein Holzterrain. — **Lustspielhaus:** Der neue Papa. — **Neues Volkstheater:** Die drei Zwillinge. — **Folies Caprice:** Flimmerkätzchen.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 11., 14., 17. und 18. Die Fledermaus. — **Trianon-Theater:** 11. und 18. Der Störenfried. — **Reichshallen-Theater:** 11. und 14. Der gute Ruf. — **Theater am Nollendorfplatz:** 11. und 15. Das Glückmädel. — **Lustspielhaus:** 11. und 15. Verbotene Liebe.

Nur für Bemittelte? In Nr. 329 rügten wir die „Verteuerung der frischen Luft“ auf dem Schießstandgelände in der Hasenheide, das größtenteils vom Militär nicht mehr gebraucht wird. Die Zutrittserlaubnis für Privatpersonen, die dort Erholung suchen, soll pro Kopf und Jahr statt bisher 50 Pfennig künftig 3,50 M. kosten. Jetzt wird uns gemeldet, daß eine Frau, die sich den verteuerten Erlaubnisschein besorgen wollte, sogar den Bescheid erhielt, zunächst mal ein ärztliches Attest beizubringen. Einstweilen können wir nur annehmen, daß hier ein Mißverständnis vorliegt. Es ist doch undenkbar, daß künftig jedem, der Zutritt zu dem Schießstandgelände zu erhalten wünscht, die Beibringung eines ärztlichen Attestes auferlegt werden soll. Da heute ein Attest gewöhnlich 10—15 M. kostet, so würde diese Erholungsstätte in der Hasenheide fortan für die minderbemittelte Bevölkerung von Berlin-Süd und Neukölln unbenutzbar. Wir wiederholen unsere Forderung, die nicht mehr gebrauchten Teile des Geländes zum völlig freien Besuch für jedermann herzugeben.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne E. V. Kolonnen Süden: Sonntag vormittag 8.30 Uhr, Dienst am Urbanhafen, Montag abend 7.20 Uhr, Krankenpflegekursus, Schulaula Annenstr. — **Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Berlin 5.** Heute 7—8 Uhr, bei Thiel, Rückertstr. 7 und Dunkerstr. 19 im Restaurant, Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung in Stuttgart.

Sport.

Ein großes Sportfest veranstaltet das „Arbeiter-Sportkartell Weißensee“ am Sonntag auf dem Gemeinde-Sportplatz, Rennbahnstraße (frühere Trabrennbahn). Das Programm besteht aus leichtathletischen Wettkämpfen, Vorführungen der Turner-Radfahrer, Touristen-Gesang vom „Männerchor Weißensee“, ferner Schachwettkämpfe Weißensee—Norden IV und einem Propaganda-Fußballspiel zwischen „Freie Turnerschaft Nowawes“ und einer kombinierten Weißenseer Mannschaft. — Die Vorkämpfe beginnen bereits um 9 Uhr vormittags, während die Hauptveranstaltung um ½2 Uhr ihren Anfang nimmt. Eintritt ist frei! Programme 0,50 M. — Besonders eingeladen sind alle Arbeiter, welche noch in bürgerlichen Organisationen ihren Sport und ihre Leibesübung betreiben, um zu begreifen, daß auch die Arbeiter-Sportverbände imstande sind, guten Sport zu zeigen. P. R.

Wirtschaft

Der Notenumlauf 67,6 Milliarden.

Der am 30. Juni abgeschlossene Ausweis der Reichsbank zeigt namentlich infolge großer Inanspruchnahme von seiten des Reichs ein ungeheures Anschwellen der Anlagekonten. Auch der Bedarf an Zahlungsmitteln war in der Berichtswoche ungemein stark und weitaus größer als je zuvor. Der Grund für diese ungünstige Gestaltung dürfte neben den an dieser Stelle schon öfters erörterten Ursachen auch darin zu suchen sein, daß die Steuergesetze viele Leute bewogen haben, sich erhebliche Geldbeträge über den Termin hinzulegen. Während an papiernen Zahlungsmitteln (Banknoten und Darlehnskassenscheine) in der letzten Juniwoche des Jahres 1919 1 192,3 Millionen in den Verkehr abströmten, betrug die diesmalige Ausdehnung des Umlaufs an diesen Geldzeichen 2 666,8 Millionen M. Im einzelnen nahm der Banknotenumlauf auf 53 975,1 Millionen Mark zu und der Umlauf an Darlehnskassenscheinen auf 13 633,3 Millionen Mark. Die Vorräte an Gold- und Scheidemünzen sind wie üblich fast unverändert geblieben. Bei den Darlehnskassen wuchs die Summe der ausstehenden Darlehen erheblich, und zwar um 1 000,5 Millionen Mark auf 30 947,1 Millionen Mark. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen floß der Reichsbank zu.

Abschluß des A. Schaaffhausenschen Bankvereins.

Die durch Streik verzögerte Bilanzaufstellung des zum Konzern der Discontogesellschaft gehörigen Instituts wird jetzt vorgelegt. Auch bei diesem Unternehmen zeigen fast alle Konten ein bedeutendes Anwachsen: der Rohgewinn stieg von 15,965 Millionen Mark im Jahre 1918 auf 33,618 Millionen Mark; verhältnismäßig noch stärker wuchsen die Unkosten von 8 148 auf 19,661 Millionen Mark, hierunter allein die Steuern von 1,293 auf 3,243 Millionen Mark. Der Bestand an Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen ist, wie bei allen Großbanken, der finanziellen Entwicklung des Reichs entsprechend von 451,546 auf 1 115,472 Millionen Mark angewachsen. Von den Passiven sind die Kreditoren insgesamt von 671,037 auf 1 715,741 Millionen Mark gestiegen, hierunter die „Einlagen auf provisionsfreier Rechnung“ von 288,623 auf 482,017 Millionen Mark, die „sonstigen Kreditoren“ von 671,037 auf 1 083 463 Millionen Mark. Aus dem Reingewinn von 13 956 346 M. (i. V. 7 816 551 M.) sollen, wie schon gemeldet, 8 Proz. (7 Proz.) Dividende verteilt werden, außerdem wird eine besondere Reserve von 5 Millionen Mark gebildet.

Zur Freigabe der Remontedepots.

Zu unserer Mitteilung in Nr. 309 B des „Vorwärts“ schreibt uns das Reichsschatzministerium u. a.:

„Wenn die Freigabe der Remontedepots nicht in dem Tempo erfolgen konnte, in dem der Siedlungsgedanke marschiert, so liegt dies daran, daß die Abgabe dieser erpachteten Güter gleichen Schritt mit dem Abbau der Wehrmacht halten muß.

Die Frage, welche Güter aus der Pacht gegeben werden können, hängt außerdem von den Pachtverträgen, der Lage der einzelnen Remonteämter, ihrer Geeignetheit zur Remontehaltung und der wirtschaftlichen Rentabilität ab. Sie besonders muß mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage des Reiches noch mehr als bisher in den Vordergrund treten und erfordert Berechnungen und Entschlüsse, die reiflich durchdacht und bewertet werden müssen und daher Zeit erfordern. (Anmerkung. Den Mangel an Entschlußkraft der Behörden beklagen wir ja. Vor lauter Ueberlegungen kommen sie nicht zum Handeln.)

Das Reichsschatzministerium verkennt keinesfalls die Bedeutung des Siedlungswesens, muß aber als die für Unterbringung und das Gedeihen der Remonten verantwortliche Reichsbehörde vor allem die zweckmäßige Auswahl der für die Remontehaltung nötigen Güter in den Vordergrund stellen. Dem Preußischen Landwirtschaftsministerium sind bereits 14 Güter bzw. Vorwerke in einer Gesamtgröße von etwa 18 000 Morgen zurückgegeben worden. Im Laufe dieses Jahres und 1921 sollen weitere folgen. Von einer absichtlichen Verhinderung des Siedlungswerkes durch die Reichsbehörde kann daher keine Rede sein.“

Hierzu möchten wir bemerken, daß in Rücksicht auf den „Landhunger“ sachkundiger Siedleranwärter mit den Beratungen endlich Schluß gemacht werden sollte. Wir brauchen keine Remontedepots, da der Bedarf an Pferden durch Ankauf aus der Landwirtschaft gedeckt werden kann. Offenbar liegt die Ursache, daß die Remontedepots nicht alle schnellstens freigegeben werden, darin, daß die Beamten usw. ihre Stellungen nicht verlieren wollen. Das ist durchaus begreiflich, aber es wird sich doch oft einrichten lassen, daß das Personal von den Siedlungsgenossenschaften übernommen wird, wenngleich die Praktiker gegen die Verwaltungsbeamten teilweise sehr mißtrauisch sind. Herr v. Raumer wird hoffentlich bald zeigen, ob er für die Förderung der Siedlungsarbeit etwas tun will oder nicht!

Gegen weitere Frachtverteuerung.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie steht auf dem Standpunkt, daß das Defizit der Eisenbahnverwaltung nicht durch ein immer weiteres Erhöhen der Frachtsätze vermindert werden kann. Schon anläßlich der 100 proz. Erhöhung der Eisenbahntarifsätze vom 1. März hat er sich gegen diese Maßregel gewandt und ausgeführt, daß dadurch nur eine weitere Entwertung des Geldes herbeigeführt und das deutsche Wirtschaftsleben geschädigt wird. Es muß vielmehr endlich im Eisenbahnbetriebe die alte Wirtschaftlichkeit wieder eingeführt werden, die durch die verminderte Arbeitsleistung stark ins Wanken gebracht worden ist. Hier muß eine gründliche Erneuerung des ganzen Eisenbahnbetriebes einsetzen. Eine Frachtenerhöhung im gegenwärtigen Augenblick würde verderblich wirken. Würden höhere Frachtsätze für Eisen und Stahl eingeführt, so würde dies nicht ohne Rückwirkung auf die Halb- und Fertigfabrikate anderer Gewerbezweige bleiben, und die Preise würden wieder steigen. Die schon jetzt stark gefährdete Ausfuhrfähigkeit vieler Industriezweige würde noch weiter beschränkt und die Gefahr der Arbeitslosigkeit in großem Umfange hervorgerufen werden.

Wie hoch die Frachten heute bereits gestiegen sind, zeigen folgende Zahlen, die der Berliner Spediteurverein uns aufgegeben hat.

Von der holländischen Grenze nach Berlin kosten:
Frische Früchte, Gurken, Salat usw., per 100 kg 12,40 M.
Kartoffeln . . . . 8,00 „
Blumenkohl, Rosenkohl . . . . 15,70 „
Von der Schweizer Grenze nach Berlin kostet
Käse . . . . per 100 kg 35,40 M.
Diese Frachtsätze sind etwa das Fünffache der Sätze von 1914.

Gewerkschaftsbewegung

Was den Auswanderern blüht.

In das Kolonistenleben Südamerikas leuchtet eine Schilderung, die kürzlich der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ veröffentlichte. Zu Nutz und Frommen der zahlreichen Volksgenossen, die in Brasilien eine bessere Zukunft zu finden hoffen, geben wir die Mitteilungen wieder, welche dem Deutschen Auslands-Institut durch einen seiner Schützlinge zugehen, die dieser von einem Freunde aus Santa Catharina als selbsterlebte Schilderungen erhalten hat:

Die neuen Kolonisten kommen also an, werden erst mal 30 bis 40 Kilometer weit per Ackerwagen transportiert, haben dann wohl 2 bis 3 Stunden Fußmarsch auf schmalem Urwaldsweg und befinden sich schließlich an einer aus rohen Brettern zusammengehauenen Holzbude, mit Blättern gedeckt, sehr luftig, ohne Fenster, nur Holzluken. Das ist das vorläufige Endziel.

Das nächste kleine Gehöft ist zirka 3 Stunden entfernt; nach drei Seiten Urwald ohne Ende. Drei Tage bezahlt die Kolonisationsgesellschaft das Essen; dann heißt es, Vogel friß oder stirb. Um den Leuten nun etwas unter die Arme zu greifen, können sie vier Tage der Woche als Wegearbeiter arbeiten und die anderen Tage benutzen, sich die eventuell noch stundenweit entfernt liegende gekaufte bzw. reklamierte Kolonie etwas einzurichten. Das ganze Gelände ist Urwald, es heißt also erst mal, den Wald auf einige Hektar abzuschlagen; eine fürchterliche Arbeit! Dann muß der abgeschlagene Teil, wenn alles trocken genug ist, was manchmal drei und mehr Monate dauern kann, abgebrannt werden. Ist dies geschehen, dann heißt es den Platz räumen, d. h. die großen Stämme und größeren Aeste läßt man einfach liegen. Das kleine Zeug muß, verbrannt und verkohlt wie es ist, zusammengelegt und dann besonders verbrannt werden. Ist dann die richtige Zeit zum Pflanzen, so wird gewöhnlich erst Mais gepflanzt, damit Brotmehl im kommenden Jahr wenigstens da ist und Futter für Hühner, eventuell Schweine. An Pferde ist ja im Anfang nicht zu denken.

Ist das Land nun besorgt, so muß man daran gehen, sich eine bewohnbare Bude zu bauen. Bauen lassen ist nichts, das wäre kaum zu bezahlen. Aeltere Kolonisten bzw. hier geborene machen es manchmal so, daß sie sich aus Blättern ein kleines Dach machen, mit einigen Stangen, einen sogenannten Jagdrancho; sich dann mit der Hand Bretter und Balken sägen, sich eine kleine Holzbude zusammenschlagen, mit selbstgespaltenen Schindeln decken, ohne Fenster natürlich, diesen Luxus kann man sich erst nach Jahren leisten. Sonst wird ein kleines Häuschen aus dünnen Stämmen oder gespaltenen Palmiten hergestellt, oder auch aus gespaltenen Pinienbrettern, vorausgesetzt, daß Pinien vorhanden sind. Es ist alles andere als ein Vergnügen, in solch einer Bude zu hausen, durch welche der Wind pfeift und der Regen von allen Seiten anschlägt. Das erste Jahr ist ja keinerlei Einnahme zu verzeichnen; die anderen Jahre nicht viel mehr, es wird erst besser, wenn man es mal zu einer Kuh gebracht hat und die Milch jeden Tag an die Molkereien verkaufen kann.

Der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verband nach der Verschmelzung.

Mit dem 1. Mai hat die Verschmelzung der Verbände der Sattler und Portefeuiller und des Tapeziererverbandes zu einem Einheitsverband stattgefunden. Die Schlußabrechnung der beiden Verbände liegt jetzt vor. Danach schließt der Sattlerverband ab mit einer Mitgliederzahl von 28 281, darunter 6 584 weibliche Mitglieder. Der Tapeziererverband mit 14 584 Mitglieder, darunter 1564 weibliche. Die Mitgliederzahl, mit welcher der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband am 1. Mai 1920 ins Leben trat, beträgt somit 62 815, darunter 8148 weibliche Mitglieder.

Der Vermögensausweis des Sattler- und Portefeuillerverbandes betrug 1 058 513,53 M., der des Tapeziererverbandes 432 097,57 M. — Das ergibt ein Gesamtvermögen von 1 490 610,60 M., mit dem die neue vereinigte Organisation ins Leben tritt.

Die Differenzen mit dem Inhaber des Restaurants „Schmetterlingshorst“ am Langen See sind, wie uns vom Verband der Gastwirtsgehilfen geschrieben wird, noch nicht behoben. Die durch Vermittlung des Cöpenicker Kartells angebahnten Verhandlungen sind durch die Weigerung des Herrn Bittner, die tarifbrüchigen Kellner zu entlassen, gescheitert. In der im „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärung vergißt Herr Bittner, das System der Entlohnung in seinem Betriebe zu detaillieren, wohl wissend, daß durch dieses System die Zahl der Arbeitslosen nicht nur nicht vermindert, sondern vergrößert wird. Es kommt nicht darauf an, einzelnen die Taschen zu füllen, sondern möglichst vielen Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Diese doch nur allzu berechtigte Forderung wird durch das System Bittner sowie durch fortgesetzte Umgehung des paritätischen Arbeitsnachweises sabotiert. Herr B., der keiner Arbeitgeberorganisation angehört, lehnt nach wie vor die Anerkennung des Tarifvertrages ab.

Das Lokal „Schmetterlingshorst“ bleibt für organisierte Gastwirtsgehilfen weiter gesperrt.

Inzwischen ist ein neues Schreiben des Herrn Bittner bei uns eingelaufen, worin fünf bei ihm beschäftigte Kellner unterschriftlich bestätigen, daß sie stets entsprechend den bestehenden Tarifsätzen entlohnt worden seien. Wir verweisen demgegenüber auf die Mitteilungen der Gastwirtsgehilfenorganisation, die von den organisierten Gastwirtsgehilfen streng zu beachten sind.

Soziales.

Renten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Laut Nachweisungen der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten liefen Ende 1919: 1 911 865 Renten, davon 985 836 Invalidenrenten, 102 886 Krankenrenten, 242 015 Altersrenten, 84 397 Witwen-(Witwer-)renten, 8634 Witwenkrankenrenten, 494 004 Waisenrenten (hierfür gilt die Zahl der Waisenstämme; auf eine Waisenrente kamen bisher 2,2 bis 2,5 Waisen) und 93 Zusatzrenten.

Die Zahl der Invalidenrenten ist gegen 1915 um 43 713 zurückgegangen, sie betrug: 1915 1 029 049, 1916: 1 030 959 und nahm die folgenden drei Jahre ab. Die Krankenrenten sind dagegen fortgesetzt gestiegen von 27 708 in 1915 auf 64 858 in 1916, 74 353 in 1917 und 79 290 in 1918. Die Altersrentenzahl hat sich fast verdreifacht, vornehmlich durch die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre. 1915 liefen nur 82 914 Altersrenten, 1916: 166 416, 1917: 215 077 und 1918: 230 962. Witwen-(Witwer-)renten nahmen ebenfalls fortgesetzt zu, und zwar von 30 615 in 1915 auf 68 097 in 1918 und 84 397 in 1919, Witwenkrankenrenten desgleichen von 994 in 1915 auf 1616 in 1916, 2049 in 1917, 2571 in 1918 und 8634 in 1919. Aehnlich ist es mit den Waisenrenten, die 167 752 in 1915, 278 077 in 1916, 359 060 in 1917, 432 934 in 1918 und 494 004 in 1919 betrugen. Die Zunahme der Zusatzrenten ist dagegen gering, von 55 in 1915 auf 93 in 1919.

Die einmaligen Leistungen der Versicherungsträger sind dagegen in der Zahl zurückgegangen, insgesamt von 36 285 in 1915 auf 35 886 in 1919. 1918 waren 35 122 gezählt, 1917: 36 077 und 1916: 39 183. Davon kamen auf Witwengeld 1915: 34 877, 1916: 36 847, 1918: 32 487, 1918: 30 345 und 1919: 29 161. Die Zahl der Waisenaussteuern stieg dagegen von 1408 in 1915 auf 4777 in 1918 und 6205 in 1919.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Verkäufe

Wandlitz, nahe Bahnhof, Landparzelle 30 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Blanvillestraße 11. Fernsprecher: Steglitz 2884. *

Grundstück zu verkaufen. Hoppegarten, Eichenallee 12. b

Junghühner, billig. Bergmanner Straße 6. †10

Obstgarten, Zementhäuschen, verkauft Wächter, Mahlsdorf, Robert-Kochstraße 20. 1501b

Arbeitsanzüge Stück 50 Mark, liefert Grubenkontor, Brüderstraße 39a.

Landhäuser mit Gemüse- und Obstgärten, fertig, auch im Rohbau, wo Spezialwünsche noch Berücksichtigung finden, billig zu verkaufen bei August Schaum, Baugeschäft, Kaulsdorf-Süd, Cöpenickerstraße. 1711b*

Treibhaus Schöneberg, Sedanstraße 1, gegenüber Bahnhof, beleiht höchstzahlend alles. Stets Verkauf von Verfallsachen. Stephan 3083. Richard Eichelmann. 1018*

Kreuzfüchse sowie andere neue Pelzsachen aller Art, feine Pelzwaren, immer noch zu konkurrenzlos spottbilligen Sommerpreisen im Leihhaus Barfüßer Str. 7.

Gardinen, Künstlergarnituren, Stores, Bettdecken, Manufakturwaren preiswert. Landsberger Straße 18. 1528*

Nähmaschinen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 29. 31/4*

Schutzhunde. Stubenhündchen, junge Foxterrier, Pinscher, Schäferhunde verkauft Schaffland, Pallisadenstraße 23. 34/14*

Selbstgefertigte bessere Anzüge, auch Maß, spottbillig, Aust, Wilhelmstraße 46a, Kochstraßenecke. 1802

Kreuzfüchse, Alaskafüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silberwaren enorm billig. Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, 1 Treppe. 1088

Verhütung der Schwangerschaft und Verhütung von Frauenleiden, von Dr. Zadek (1,45) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2. 1808

Gute Auskunft über die „erdolchte Front“ erhält man in der Schrift von Heinig „Die große Ausrede“ oder Kuttner „Die erdolchte Front“ (je 2,40 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Kurpfuscher sollte man bei Geschlechtskrankheiten nicht aufsuchen. Man lese Dr. Geberts „Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten“ (1,45 Mk.). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2. 1832

Kluge Eltern unterrichten sich in Lohmanns Schrift „Die Arbeit im Elternbeirat“ (1,80 Mark) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2. 1832

Nervenkranke sollen vor Konsultation des Arztes lesen Dr. Hirschlaffs „Gesundheitspflege des Nervensystems“ (1,45 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Für die Reise ein gutes Buch: Zola, Der Trinkplatzreiter; Kautsky, Der Pariser Gerichte; Prezang, Rudel, je 3,40. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2. 1838

Möbel

Schlafzimmer in reicher Auswahl, einfacher und eleganter Ausführung, verkauft direkt an Private zu soliden Preisen. Schlafzimmer-Spezialfabrik, Burgstraße 27, „Bureauhaus-Börse“. *

Als wiederkehrendes Angebot. 30 Schlafzimmer, Birke, Birnbaum, Mahagoni, Kirschbaum, Eiche, auch weiß lackiert, zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Möbelhaus Osten für Gelegenheitskäufe. 30 Andreasstraße 30. 1558

Schlafzimmer- und Kücheneinrichtung sehr billig. Möbelschatz, Brunnenstraße 160 (Eingang Anklamerstraße). 113 4*

Möbelpreise bedeutend ermäßigt. Solange Vorrat: Einzimmer und Küche 2490,—, Zweizimmer und Küche 4085,—, komplette Schlafzimmer 2000,—, Herrenzimmer 3900,—, Speisezimmer 4500,— Bezahlung gestattet. Moebel-Poebel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude.

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5, gibt jedermann Kredit. Große Auswahl in 1—2-Stuben-Einrichtungen, bunten Küchen, einzelnen Möbeln. 125*

Schlafzimmer, Eßzimmer, Herrenzimmer, Einzelmöbel, Küchen verkauft Hoffmann, Dirksenstraße 40, Bahnhof Börse. 1208

Kamerlings Möbelhaus, Kastanienallee 56 (am Weinbergsweg). Reichhaltige Auswahl Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Wohnungsmöbel, Kücheneinrichtungen. Billige Preise. b

Möbel gegen bar und Teilzahlung. Große Auswahl in Wohn-, Schlaf- und Speisezimmern, farbigen Küchen, einzelnen Möbeln. Lichtenthal, Oranienstraße 14a (Heinrichsplatz). Gegründet 1879.

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente. Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. 1296

Pianos, Flügel, Harmoniums, neu und gebraucht. Friedensware, größte Auswahl, allerlei Zahlweise. Franz Ferd. Gendel, Spandauerstraße 18, am Rathaus. 1168*

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 106.

Einzelspielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig (Unterricht 20,— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 165. 1502

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei. Wäsche. Putzkurse. Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 239.

Bielfeldsche Zuschneideschule, Berlin, Leipzigerstraße 93. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Kaufmännische Privatschulen Ludwig Rösner, Börsebahnhof, Neue Promenade 3, Spittelmarkt, Seydelstr. 1. Halbjahres-, Jahreslehrgänge zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf sowie Einzellehrgänge. Einzelunterricht. 1515*

Rudolf Maurer's Private-Zuschneideschule, Inhaber Alfred Maurer, Friedrichstr. 61. Gegründet 1871. Uniform-, Herren-, Damenschneiderei, Wäsche. Lehrplan F kostenlos. 682*

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. Abendlehrgänge, Tageslehrgänge. *

Gesundbrunnen. Kaufmännische Privatschule Poleyleins Kosten, Badstraße 67, Humboldt 229. Anmeldungen jederzeit. Drucksachen kostenfrei. April neue Lehrgänge.

Stenographie, Maschinenschreiben 30,—, landwirtschaftliche Buchführung 30,—. Holles Lehranstalt, Potsdamerstraße 118a. 910*

Dr. Linz. Deutsch, fremde Sprachen. Schulprüfungen. Alexandrinenstraße 86. *

Kaufgesuche

Firnis, Lacke kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 3, Kollendorf 2379. *

Glühstrumpfasche kauft zu absolut höchsten Preisen Willmuß, Elsasserstr. 25a I. 1265*

Armeepistolen kauft zu höchsten Preisen. Kirstein, Linienstr. 20.

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstr. 29 (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, sämtliche Metalle. 1482

Gebisse, Einzelzähne, Kupfer, Messing, Blei, höchstzahlend. Scharf, Elsasserstraße 74.

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten. Schröder, Prinzenstraße 66. *

Zinn, Lötzinn, sowie alle Metalle, Zahngebisse, Zahn bis 75,—, Platinabfälle, Goldbruch, Silberbruch, Silberzinn, Quecksilber, Glühkörperasche 100,—, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 659*

Kostenloser Rat! Billige Gerichtsvertretung! (Spezialität: Ehesachen! Strafsachen!) Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). 1268

Erfinder. Patentbureau Dadischer, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7800. 73R.

Möbeltransport. Spezialgeschäft, Berlin — auswärts. Garantie. Stein, Berlin, Diedenhofenerstraße 6. Humboldt 5665. *

Stotterer können Heilung erhoffen. Verlangen Sie Jordans Broschüre hierüber (1,45 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Dr. med. Seligsohn. Das Auge und seine Erkrankungen (1,45). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Schwindsüchtige machen wir auf Dr. Zadeks Schrift (1,45 M.) aufmerksam. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Krankheiten des Ohres, der Nase, des Rachens von Dr. Schwerin (1,45 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Ist die Krebskrankheit heilbar? Dr. Zadek beantwortet diese Frage in seiner Schrift (1,45). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Verstopfung und Durchfall usw. Von Dr. Zadek (1,45). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2. 1818

Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters von Dr. E. Munter (1,45 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Zu den edlen Organen des Körpers gehört die Niere. Dr. Schlomers „Nierenleiden“ (Preis 1,45 Mark, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2) gibt Rat bei Erkrankungen.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Musterplätterinnen bei sehr hohem Lohn und extra Stückprämie für allerfeinste neue Damenwäsche verlangt Lipschitz, Textilfabrikation, Oranienstraße 125. 31,11

Plätterinnen auf Damenwäsche bei sehr hohem Lohn verlangt Lipschitz, Textilfabrikation, Oranienstraße 125.